

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Vorkaufsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Don den vom Heeresdienst entlassenen und reklamierten Mitgliedern.

Mit der Dauer des Krieges wächst die Zahl der infolge Verwundung oder Krankheit vom Heere entlassenen Mitglieder. Restlos können sie sich nicht ihrem früheren Berufe widmen, sondern sind genötigt, falls sie überhaupt arbeitsfähig sind, anderweitig ihr Fortkommen zu suchen. Diejenigen, die zur Aufnahme ihrer alten Tätigkeit fähig sind, treten damit in den alten Gemeinschaftskreis wieder ein. Dazwischen steht noch die Zahl der zu Arbeitsdiensten für längere oder kürzere Fristen Reklamierten oder die überhaupt noch nicht einberufen waren. Für die Organisation ist es nun von Interesse, wie sich das Verhältnis der Zurückgekehrten und der anderen zu ihr stellt. Ob es das gewohnte, von Friedenszeiten her bekannte geblieben ist, oder ob merkbare Wandlungen eingetreten sind. Da haben wir zu konstatieren, das vielfache Beschwerden über das Verhalten zurückgekehrter Mitglieder, vielleicht mehr noch über solche, die reklamiert sind, eingehen. Daß es bei uns nicht allein so ist, geht aus den Gewerkschaftsorganen verschiedenster Richtung hervor, die samt und sonders in einer Mahnung an die Pflichterfüllung auslingen.

Da hier offensibare Mängel sich zeigen, die für das Organisationsleben überhaupt, insbesondere für die Zeit nach dem Kriege, von größter Bedeutung sind, haben wir uns an unsere Funktionäre im Lande gewandt, damit sie ihre bisher gemachten Erfahrungen und Beobachtungen niederlegen möchten. Natürlich kann der Umstände halber kein vollständiges Bild gegeben werden, da nur ein sehr geringer Teil unserer Angestellten nicht in irgendeinem militärischen Verhältnis steht. Wir lassen die eingegangenen Berichte nunmehr folgen, eine eingehende Besprechung werden wir in der nächsten Nummer folgen lassen.

### Bezirk Köln.

Bereinzelt kommen nach und nach zum Kriegsdienst eingezogene Kollegen zur Entlassung. Das Verhalten dieser Kollegen gegenüber der Organisation zeigt sich in den verschiedensten Formen. Im allgemeinen kann man sagen, daß ihr Verhalten sich in ähnlicher Weise äußert, wie der einzelne Kollege vor dem Eintritt in den Kriegsdienst sich in der Organisation betätigt hat. War er vor dem Kriege ein eifriges überzeugtes Mitglied, dann bekümmert er sich sofort nach der Entlassung um den Stand seiner jeweiligen Jahreshälfte. Er meldet sich bei dem Kassierer an und arbeitet wieder feste mit. Diese Kollegen haben auch besonderen Erfolg bei der Agitation, da die Unorganisierten, die gerade von ihnen zum Beitritt aufgefordert werden, vor dem geleisteten Kriegsdienst eine gewisse Achtung haben und schon darum die Aufforderung zum Beitritt zur Organisation meist befolgen. Leider ist die Zahl dieser Kollegen noch zu gering. Sie würden sonst recht bald mit den Unorganisierten aufgeräumt haben.

Es gibt sodann eine Serie Kollegen, die man als „allzu weise“ bezeichnen muß. Sie erklären, wir wissen nicht, ob wir nochmals ins Feld rücken müssen. Wenn das einträte, dann könnten sie fallen, und warum sollten sie da erst noch vorher Beiträge zahlen. Hätten sie die bestimmte Sicherheit, wiederzukommen, dann zahlten sie gerne. Auch unter den Reklamierten gibt es viele, die das Beitragszahlen mit vorstehenden Aussagen verweigern. Diese sind sich der Tragweite ihres Verhaltens nicht bewußt. Wäre eine Vertretung der Arbeiterinteressen — die doch gerade während des Krieges so vielfältig und auch erfolgreich war — möglich gewesen, wenn die Mehrheit der nicht eingezogenen bzw. reklamierten Kollegen zu diesen „allzu weisen“ gehört hätte? Die Unterstützung der Kriegervertrauen, die Erhaltung und Erneuerung der Tarifverträge mit den Lohnerhöhungen, die Vertretung der Interessen der Arbeiterfamilien mit

all den vielerlei Erfolgen auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge usw. wären dann unmöglich gewesen. Zudem paßt ein so „allzu weises“ Benehmen ganz und gar nicht gegenüber den kämpfenden Kollegen und der Allgemeinheit.

Eine dritte Serie sucht allerlei an dem Verbande zu kritisieren, um damit ihr indifferentes Verhalten zu bemänteln. Nicht sie sind schuld, daß sie vorläufig nicht mehr mitun wollen, sondern der Verband habe ihnen die Mitgliedschaft verweigert. Es sei zu wenig Kriegsunterstützung gezahlt worden. Von der Unterstützung habe man ihnen die rückständigen Beträge abgehalten. Die rückständigen Beträge würden sie schon so nachgezahlt haben, die Kriegsunterstützung hätte auch für jedes unverheiratete Mitglied gezahlt werden müssen, und dergleichen Vorwürfe werden erhoben. Es sind dieses meistens dieselben Kollegen, die auch in normalen Zeiten immer etwas zu nörgeln hatten. Sie gehörten meistens zu den sogenannten Zwangsmitgliedern, weshalb sie auch fast immer mit den Beiträgen im Rückstande waren. Darüber, woher der Verband das Geld nehmen soll, um außer den statutarischen Unterstützungen auch noch die Sonderunterstützungen leisten zu können, denken sie nicht nach. Allerdings gibt es auch solche darunter, die zwar auch kritisieren und der Ueberzeugung sind, es hätte mehr geleistet werden können; erhalten sie jedoch Aufschluß über das wirklich Geleistete, dann sind sie sofort wieder mit dabei.

Dann gibt es zum Schluß noch Mitglieder, die sich einfach ganz uninteressiert verhalten, auch solche, die alle fünf Raten Kriegsunterstützung erhalten haben. Meistens sind es Kollegen, die sich früher gar nicht um die Organisation kümmerten. Sie waren organisiert, weil sie von den anderen mitgerissen wurden. Die Versammlungen haben sie meist gemieden. Kommen sie nun auf Baustellen, wo die Organisation gut vertreten ist, machen sie auch wieder mit. Werden sie dagegen nicht von den organisierten Kollegen gedrängt, dann bekümmern sie sich um ihre weitere Mitgliedschaft nicht. Gedankenlos geben sie ihre vier-, fünf- und mehrjährigen Mitgliederrechte preis. Wenn solche Kollegen nun sofort besucht werden, und es wird ihnen klar gemacht, daß ihnen für die Kriegsdienstzeit besondere Kriegsmarken geklebt werden, die für sie denselben Wert haben, als wenn sie den vollen Beitrag entrichtet haben, dann zahlen sie auch wieder weiter. Es kann daher in der Agitation gar nicht scharf genug gearbeitet werden. Man hat geglaubt, die Kollegen würden durch den Kriegsdienst eine bessere Ansicht von der Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns bzw. Zusammenhaltens bekommen haben. Aber nicht jedem ist diese Ueberzeugung gekommen.

In den Großstädten, wo die vom Kriegsdienst entlassenen Kollegen fast durchweg wieder mit organisierten Kollegen zusammenkommen, da werden auch die lauen meist sofort wieder von der Organisation erfasst. Schwieriger ist es in den kleinen Städten und in den Landorten. Hier muß durch Haus- und Hausbesuch mancher erst wieder gesucht werden.

Die festgebildete Ansicht bei den meisten zurückgekehrten Kriegerkollegen geht dahin, daß die erlebten Mißstände in Zukunft mit aller Schärfe bekämpft werden müssen, und daß seitens der Organisationen dafür gestrebt werden muß, daß auch die Arbeiter Erfolge, sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Art, von den erbrachten Kriegsoffern haben tragen.

### Machen.

Größere Erfahrungen mit den aus dem Heeresdienst Entlassenen, die die Tätigkeit im Berufe wieder aufnehmen, haben wir noch nicht machen können. Von unseren deutschen Kollegen, die bis jetzt entlassen wurden, sind drei in den Beruf wieder zurückgekehrt. Zwei haben sich wieder angemeldet, der dritte dagegen nicht. Als Grund dafür gibt er an, die Familienunterstützung sei zu gering gewesen, dann habe er auch keine

Krankenunterstützung bekommen während der Zeit, wo er im Lazarett gelegen habe. Dagegen hätten die Daheimgebliebenen die Krankenunterstützung erhalten. Diese Angaben verraten eine geringe Kenntnis unseres Statuts. Von den holländischen Kollegen sind zehn entlassen worden, aber nur zwei sind nach Deutschland zur Arbeit gekommen. Von diesen hat sich einer angemeldet und hat auch bereitwilligst einen Vertrauensposten übernommen, der andere weiß keinen Grund anzugeben, weshalb er sich nicht wieder angemeldet hat. Die übrigen acht arbeiten jetzt in Holland, nur einer hat sich davon angemeldet. Die anderen erklären, wir wissen noch nicht, ob wir nochmal nach Deutschland kommen. Die Familienunterstützung haben sie alle bereitwilligst angenommen, damals wußten sie jedenfalls noch nicht, daß sie „vorläufig“ nicht mehr nach Deutschland zur Arbeit zurückkehren.

### Bezirk Münster.

Auf Grund einer an die Jahreshellen erlassenen Rundfrage über die aus dem Heere entlassenen Mitglieder ist mitzuteilen, daß sich alle wieder angemeldet haben, auch ihre Beiträge zahlen. Weigerungen zur Uebernahme eines Vertrauenspostens haben sich nicht ereignet. Nur in drei Fällen waren die Kollegen gezwungen, auf Grund ihrer Verletzungen sich anderen Berufen zuzuwenden. Einer davon ging in den Postdienst, einer in den Bahndienst, der dritte trat zwecks schriftlicher Arbeiten in eine Kaserne ein. Diese drei sind für unseren Verband verloren, weil keine Aussicht besteht, daß sie mal wieder im Baugewerbe Verwendung finden können. Bei den meisten der Entlassenen macht sich in der ersten Zeit das Bedürfnis nach Ruhe bemerkbar. Nach wenigen Wochen aber kann konstatiert werden, daß sie sich anderen, besonders den wirtschaftlichen Fragen wieder zuwenden und sich für die Vorgänge im Gewerbe interessieren. Wenn sie in den ersten Wochen nicht sofort mit dem alten Feuer eifer für die Organisation einsetzen, so finde ich den Grund hauptsächlich darin, daß die meisten der entlassenen Kollegen eine längere Lazarettzeit hinter sich haben, bzw. Leidenszeit, die sie geistig abgestumpft hat. Das so lange entbehrt Familienleben wirkt in wohlthuendster Art nach allen Richtungen hin auf sie ein. Wenigstens konnte ich dieses bei Kollegen beobachten, mit denen ich persönlich in Berührung gekommen bin.

Ich halte es für recht wichtig im Interesse der zukünftigen Entwicklung unserer Organisation, das Verhalten der aus dem Heere entlassenen Kollegen scharf zu beobachten und alles daranzusetzen, sie so schnell wie möglich wieder für ihre Berufsfragen zu interessieren. Richtig wäre, daß unsere Vertrauensleute sofort bei den Zurückgekehrten vorsprechen würden, um sie zur Anmeldung und Mitarbeit in der Organisation zu veranlassen. Das wirkt aneinernd für die nicht eingezogenen Mitglieder. Im andern Falle könnte aus der Nichtbeteiligung der Zurückgekehrten am Organisationsleben eine ungünstige Einwirkung auf die in der Heimat Verbliebenen hervorgerufen werden, was verhängnisvoll für die Zeit nach dem Kriege werden könnte, zumal es ja dann recht große Aufgaben zu lösen gibt. B. Müller.

### Stamm i. Westf.

Unsere vom Heere entlassenen Mitglieder, die zu ihrem alten Beruf zurückkehren konnten, haben sich sämtlich wieder angemeldet, nur jene nicht, die für eine bestimmte Zeit zur Arbeit kommandiert wurden. Im allgemeinen kann von einer freudigen Pflichterfüllung bei den Zurückgekehrten nicht geredet werden. Sie erfüllen sie eines Teils, um ihre Rechte zu behalten, und andererseits, weil sie von den übrigen organisierten Kollegen dazu angehalten werden. Die Stimmung der Zurückgekehrten ist wenig günstig. In sich kann man nicht sagen, daß der Organisationsgedanke bei ihnen gelitten habe. Der Krieg drückt noch auf ihr Gemüt, die Ueberzeugung wird von ihnen schwer empfunden. Gerade die Ueberzeugung und die Bucherbestrebungen haben viel Mühsal und Ärger herbeigeführt. Ob sich dies in einer Aenderung der Ge-

sinnung auswirkt, darüber läßt sich noch nichts sagen, besonders deshalb nicht, weil wir ja alle darüber unseren schweren Mißmut äußern. Mit den Leistungen des Verbandes bezüglich der Unterstützung wie auch der erreichten Lohnerhöhung sind alle zufrieden.

Die zu Arbeitsdiensten reklamierten Mitglieder arbeiten hier meistens auf den Bechen und industriellen Werken. Zu erreichen sind sie fast überhaupt nicht. Eben- sowenig kümmern sie sich um die Organisation. Neben diesen kommen noch solche in Betracht, die einberufen werden können. Auch sie wollen von der Organisation nichts wissen. Sie führen an: ich muß ja doch bald ein- rücken, wofür also noch Beiträge zahlen. Nur dort, wo der Einfluß der organisierten Kollegen so stark ist, daß sie nicht anders können, erfüllen sie ihre Verbands- pflichten. Nicht selten geben sie lieber ihre Arbeit auf und wandern in Gebiete, wo sie glauben, vor der Organi- sation Ruhe zu haben, ganz gleich, ob sie dort für weniger Lohn arbeiten müssen. Das ist gewiß eine seltsame Tat- sache, mit der man jedoch zu rechnen hat.

Joh. Blücher.

**Bezirk Breslau und Posen.**

Bis jetzt sind nur wenige Mitglieder innerhalb un- seres Bezirks zur Entlassung gekommen. Soweit fest- gestellt werden konnte, haben sie sich wieder angemeldet und zahlen auch ihre Beiträge. Zu konstatieren ist, daß die Ergebnisse des Krieges, die Schrecken und Leiden die Kollegen abgestumpft und gleichgültig gemacht haben. Man kann daher heute von ihnen noch nicht das ver- langen, was wir in normaler Zeit zu fordern gewohnt waren. Diese Kollegen müssen sich erst allmählich in die neuen Verhältnisse einleben und werden bei richtiger Behandlung später mit Lust und Liebe sich für die Organi- sation wieder betätigen.

Mit den Reklamierten oder zeitweilig Beurlaubten haben wir keine guten Erfahrungen gemacht. Diese Mit- glieder glauben so lange von der Anmeldung zur Organi- sation entbunden zu sein, bis sie tatsächlich entlassen sind. Man kann daher kaum bösen Willen annehmen, warum sie keine Beiträge zahlen, vielmehr ist es Unkenntnis. Ein Teil davon, der auf unbestimmte Zeit zur Arbeit be-urlaubt ist, außerhalb der Arbeitszeit noch die Uniform trägt, betrachtet sich noch als Soldat. Obgleich sie den- selben Lohn wie die übrigen Arbeiter verdienen, meinen sie, es geschähe ihnen Unrecht, wenn sie zum Zahlen der Beiträge angehalten werden. Richtige Behandlung und Aufklärung wird es vermögen, auch diese Kollegen zur Er- füllung ihrer Pflichten zu überzeugen. Allorts, wo die zurückgebliebenen Kollegen treu zur Organisation gehalten haben, erlebigen sich die Verbandsgeschäfte glatt. In anderen Orten jedoch, wo das Gegenteil zutrifft, wird man auch von den Reklamierten und Entlassenen kaum erwarten dürfen, daß sie ihrerseits in der Organisationsarbeit vor- angehen. Es ist ganz begreiflich, daß sie, wenn sie unter die dahingeblichenen Drückerberger kommen, von der gleichen Krankheit angesteckt werden. Schlechte Beispiele verderben eben gute Sitten. An den Dahingeblichenen liegt es wesentlich, ob die Zurückkehrenden halb wieder für die Organisation und zur Mitarbeit gewonnen werden.

Heinrich Müller.

**Bezirk Oberschlesien.**

Soweit meine Erfahrungen reichen, brüden sich die im Bezirk bis jetzt Entlassenen, so gut sie können, an der Organisation vorbei. Wir ist kein einziger Fall bekannt, daß ein entlassener Kollege seine frühere Mitgliedschaft aus eigenem Antrieb wieder erneuert hätte. Bis auf ganz vereinzelte Ausnahmen müssen alle durch die Ver- trauensleute oder durch organisierte Arbeitskollegen an ihre gewerkschaftlichen Pflichten erinnert werden, leider nicht immer mit dem gewünschten Erfolg. Keiner Be- urteilung nach gehen uns von zehn Entlassenen sechs bis sieben verloren, wenn auch nicht dauernd, so doch für die Kriegszeit, während der Rest von drei bis vier durch Ermahnungen und Zureden wieder gewonnen werden muß.

Das ist eine recht unerfreuliche Erscheinung, die man sich kaum erklären kann. Es ist einem geradezu unver- ständlich, wie ehemalige eifrige Kollegen bis über die Ohren in den alten Indifferentismus zurückfallen können. Die Ursachen dieser ganz eigenartigen Erscheinung sind jedoch bei jedem Kollegen andere. Ich möchte diese, soweit ich mit darüber ein Urteil erlangen kann, kurz anführen, und zwar in erster Linie die Arbeitsstelle. Diese befindet sich jetzt fast nur auf ungenutzten, nach außen streng abgeschlossenen industriellen Werken, die ihre Kriegs- gewinne durch Beschäftigung von Reservisten auf einer weit allerhand herbeizuredenden Weise halten wollen. Jede Arbeitsstelle hat zum erheblichen Teil besetzt mit alten Reservisten, die nach längerer oder kürzerer gewöhnlicher Tätigkeit, durch den Krieg gezwungen, wieder zu Hausarbeit und Handel gezwungen haben. Das Gewerbeleben hier ist nicht so lebhaft, weil sie an-

geblich nach dem Kriege wieder zu Hause bleiben wollen; ferner von solchen aus dem besetzten Gebiete Polens, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und die von Ge- werkschaften wenig oder gar nichts wissen. Dazu kommen die Reklamierten, die sich aus Furcht, sie könnten von der Firma nicht mehr reklamiert werden, alles gefallen lassen. Aus dieser unbegründeten Angst meiden sie auch jede Verührung mit den Gewerkschaften und Verbands- funktionären. Befinden sich unter diesen Genannten auch einige Gewerkschaftler, dann verhalten sich dieselben selber absolut ruhig, weil sie eine Agitation unter diesen für zwecklos halten. Kommt nun ein Entlassener auf eine solche Arbeitsstelle, dann ist's fast regelmäßig um ihn geschehen. Er ist enttäuscht, denn statt einer guten Organisation, wie er sie ehemals kannte, findet er nun einen fast unburchbringlichen Indifferentismus. In den meisten Fällen hat der Kollege auch schon zu Hause das bekannte Klage lied von der geringen Unterstützung des „Schwerverleichen“ Verbandes anhören müssen, was sicher auch nicht aufmunternd gewirkt hat. Die meisten ent- lassenen Kollegen werden zu Hause die Not größer finden, als sie sich vorgestellt haben, diese soll möglichst bald behoben, die ausgekehrten Spargroschen wieder erneuert, der durch die Einberufung erlittene Lohnausfall soweit als möglich ausgeglichen werden. Man denkt daran, die Beiträge zu sparen, weil es andere ja auch tun, die nicht eingezogen waren. All diese Umstände tragen dazu bei, daß der geizartige Kleinbauerngeist über den gewerkschaft- lichen Opferwillen siegt.

Peter Brenzel.

**Fulda.**

Die Zahl der vom Militär Entlassenen, welche hier in Arbeit getreten sind, ist bis jetzt gering. Ihr Verhältnis zur Organisation ist im allgemeinen nicht das, was es früher war. Das Anmelden fällt schwer und geht nur langsam vor sich, zum Teil müssen sie erst aufgesucht und angehalten werden, ihren Verpflichtungen nachzu- kommen. Man kann vielfach eine Aenderung ihrer Denk- weise gegen früher beobachten. Auch nehmen sie viel- fach Anstoß an jenen aus ihren Wohnorten, welche während des Krieges dem Verbands den Rücken gekehrt haben. Die Gründe, welche angeführt werden, sind ver- schiedenartig; einzelne heben die Teuerung hervor, andere wieder meinen, der Verband hätte noch mehr an Unter- stützungen leisten können. Auch gibt es solche, die erst warten wollen, bis der Friede eingezogen ist, um zu sehen, wie sich dann die Dinge stellen. Bei verschiedenen Kollegen, mit denen wir in Verbindung standen, als sie verwundet im hiesigen Lazarett lagen, ist im allge- meinen jetzt mehr Laune vorhanden als Organisations- geist. Dieses war im ersten Kriegsjahr nicht zu ver- zeichnen, da stand der Organisationsgebäude bei allen noch im Vordergrund. Mehr Begeisterung für den Ver- band klingt aus den Feldpostbriefen und -karten von unseren noch im Felde stehenden Mitgliedern.

Peter Stahl.

**Bezirk Hannover.**

Im Bezirk Hannover haben sich die Kollegen, die vom Militärdienst entlassen oder reklamiert sind, dem Verbands, in vielen Fällen ohne Aufforderung, wieder angeschlossen. Die wiederholte Bekanntmachung des Zentralvorstandes, wie ein Rundschreiben der Bezirks- leitung haben allerdings gute Dienste getan. In einigen Fällen bedurfte es der persönlichen Aufforderung, die bei einzelnen Kollegen bis heute ohne Erfolg war. Frühere Vertrauensleute haben sich bereitwillig wieder in die Dienste des Verbandes gestellt, an einigen Orten arbeiten die Frauen unserer eingezogenen Kollegen sehr gut in der Verwaltung mit, ein Zeichen, daß die Männer dieser Frauen die gewerkschaftliche Schulung bei ihnen nicht vergessen haben.

Bei den aus dem Heeresdienst in das Wirtschaftsleben zurückkehrenden Kollegen muß man folgendes unter- scheiden:

1. Es kommen solche Mitglieder zur Entlassung, die auf Grund ihrer Verwundungen oder sonst zuge- zogenen gesundheitlicher Schäden für den Bauberuf voll- ständig untauglich sind. Es bedarf wohl keiner weiteren Begründung, daß diese Kollegen für den Verband ver- loren sind, haben sie doch zunächst die große Sorge, sich überhaupt eine neue wirtschaftliche Zukunft zu schaffen. Hierbei müssen wir ihnen allerdings nach Kräften be- hilflich sein.

2. Eine Anzahl Bauarbeiter werden für Arbeiten in anderen Branchen reklamiert oder kommandiert. Sie arbeiten in der Munitionsindustrrie, auf den Werften usw. Die Kollegen arbeiten meistens in fremden Städten, sind also von ihrer Familie getrennt, müssen daher doppelten Haushalt führen. Den Familien wird jede staatliche und kommunale Unterstützung entzogen. Der Lohn ist in den meisten Fällen nicht sehr hoch, zählte doch eine Fabrik in Fulda einem Kollegen ganze 38 Pf. pro Stunde. Sie haben keinen Anspruch auf den Lohn, weil

sie ja gewissermaßen kommandiert sind. Bei der jetzigen Teuerung zwei Haushaltungen zu führen, was das heißt, weiß man. Daß es solchen Kollegen schwer fällt, die Beiträge zu zahlen, ist auch begreiflich. Oft melden sie sich wieder zu ihren Truppenteilen zurück, weil sie mit dem Verdienst nicht auskommen können. Immerhin gibt es auch unter diesen Kollegen solche, die ihren Pflichten voll nachkommen könnten, es aber aus Inter- essenlosigkeit unterlassen.

3. Es werden auch Maurer und Zimmerer direkt für Bauarbeiten freigegeben. In den meisten Fällen werden sie aber für bestimmte Firmen und Bauten rekla- miert und auch nur dafür freigegeben oder direkt komman- diert. Auch hier ist der Verdienst sehr verschieden. Bezüglich der Familien kommt dasselbe in Frage, wie unter 2. an- geführt. Ein tüchtiges Mitglied der Verwaltungsstelle Hannover arbeitet in der Provinz Sachsen, er verdient 66 Pf. Stundenlohn. Wir hätten hier in Hannover auch Heeresarbeiten, bei denen er beschäftigt werden könnte, er muß aber bei den ihm angewiesenen Arbeiten bleiben. Dieser Kollege führt auch zwei Haushaltungen. Wie soll er nun mit seinem Verdienst auskommen? Er erfüllt trotzdem seine Verpflichtungen, allerdings können wir in solchen Fällen nicht den am Orte geltenden Beitrag fordern.

Was ist nun im allgemeinen zu tun?

Es muß mit den eingezogenen Kollegen viel mehr Verbindung aufrechtgehalten werden. In vielen Orten wissen die Vorstände gar nicht, wo die Kollegen sich be- finden. Durch öfteres Schreiben und Ubersenden der „Bau- gewerkschaft“ muß das Interesse für den Verband bei den Kollegen wachgehalten werden. — Das ganze Denken und Fühlen der Kollegen bewegt sich in anderen Rich- tungen. Die in der Feuerlinie stehen, haben stets die Gefahr des Todes vor Augen, sie denken an die Zu- kunft ihrer Familie. Mag die Tapferkeit und Entschlossen- heit noch so groß sein, man gedenkt seiner Lieben daheim und an deren Zukunft, wenn man nicht zurückkehren sollte. Der ganze Dienst in der Front, in der Etappe, wie in der Garnison, der doch bei vielen nun schon über zwei Jahre dauert, lenkt die Gedanken ab. Den Neuan- gebildeten fällt in der ersten Zeit das Ungewohnte des Dienstes, die Disziplin, oft auch das Auftreten vollständig weiltfremder Menschen als Vorgesetzte, schwer. Die vielen trübenden Erscheinungen, die der Krieg im Lande mit sich gebracht hat, die Wuchererei, das Hamstern, kurz, das Fehlen des Idealismus bei einem großen Teil des Volkes, besonders bei den Besitzenden, nehmen die Ge- danken der Kollegen gefangen. Zeigen wir ihnen, daß unsere Organisation mit Entschiedenheit an der Beseiti- gung der Mißstände, der unberechtigten und zu großen Ungleichheiten arbeitet, zeigen wir ihnen, was alles durch die Organisation im Interesse der Arbeiter getan ist und noch getan werden muß, so dürfte das Interesse bei den Kollegen wachbleiben und sie den Weg zum Verband leicht zurückfinden.

Es muß auch den Kollegen, die wirklich schlecht ver- dienen, die Möglichkeit, durch einen niedrigen Beitrag Mit- glied zu bleiben, gegeben werden. Es muß den Mitgliedern die Dienstzeit als volle Beitragszeit angerechnet werden. Vor allem müssen die Angestellten sich gegenseitig die Adressen solcher Kollegen mitteilen, von denen sie wissen, daß sie in anderen Bezirken arbeiten. Die Vorstandsmit- glieder der Zahl- und Verwaltungsstellen müssen den An- gestellten dabei behilflich sein, indem auch sie diesen solche ihnen bekannte Adressen übermitteln. Die Herausgabe eines Flugblattes, das für alle Verbände passend ist, und den Kollegen im Heeresdienst zugestellt wird, dürfte gute Dienste tun.

Bernhard Zumbrod.

**Bezirk Nürnberg.**

Die Kollegen unseres Bezirks, die bis jetzt aus dem Felde zurückkehren, haben sich bei ihrer Zahl- oder Ver- waltungsstelle wieder angemeldet und zahlen ihre Beiträge willig. Die Begeisterung hat jedoch merklich nachgelassen. Gründe dafür werden verschiedene angeführt. Ein Haupt- grund ist wie immer in der Unterstützung zu suchen. Ein Teil war mit der Familienunterstützung zufrieden, ein anderer dagegen nicht. Es ist derjenige, der auch nicht zufrieden sein würde, wenn der Verband noch so viel leisten würde. Allerdings trifft letzteres nur ver- einzelt zu. Ein weiterer Grund zur Mißgunnung ist die ungeheuerliche Teuerung. Manche Kollegen glauben, die Organisation sei in der Lage, diesem Uebel abhelfen zu können, und erheben gegen sie, weil sie es nicht tut, da sie es nicht kann, die größten Vorwürfe. Es gibt auch Kollegen, die glauben, nach dem Kriege sei eine Organi- sation überhaupt überflüssig. Die Löhne und Arbeits- bedingungen würden alsdann vom Staate festgesetzt. Auch gibt es solche, die glauben, nach dem Kriege würden wir überhaupt nur eine einzige Arbeiterorganisation haben. Aus diesen Gründen sind die Aussprüche der Organi- sationsstätigkeit gegenüber leicht zu erkennen. Wenig gut

Ist es bestellt mit den ehemaligen Vertrauensleuten. Keiner ist bereit, für die Organisation etwas zu tun. Es wird angeführt, man müsse sich erst wieder einmal in der Heimat einleben, man sei noch zu aufgeregt und daher nicht in der Lage, die Vertrauensfähigkeit wieder zu erfüllen.

Mit den Mitgliedern, die bei Ausbruch des Krieges in den Militärwerkstätten Arbeit fanden und von dort entlassen wurden, haben wir die traurigsten Erfahrungen gemacht. Die meisten derselben wollten die Beitragszahlung bis nach dem Kriege eingestellt wissen. Das verlangten auch jene, die weit mehr verdienten als in ihrem früheren Berufe. Wenn dies immerhin auch nur für einen geringen Teil unserer Mitglieder zutrifft, so ist es doch sehr betrübend, diese Tatsache verzeichnen zu müssen.

Georg Behringer.

Bezirk Württemberg-Baden.

Es ist schwer, ein allgemeines Urteil über die vom Heer entlassenen Kollegen abzugeben. Bei vielen ist eine so große Abspannung eingetreten, daß sie längere Zeit brauchen, um überhaupt wieder Interesse für die Friedensarbeit zu bekommen. Gewiß ist es auch bei dem einen oder anderen pure Gleichgültigkeit, wenn er sich um nichts kümmert. Die gemachten Erfahrungen mit den vom Heeresdienst Entlassenen gehen in den meisten Fällen dahin, daß die Vorstände von der Entlassung erst erfahren, wenn ihnen die Betreffenden einmal zufällig begegnen. An ein sofortiges Anmelden denken die meisten nicht. Dazu tritt dann eine neue Schwierigkeit. Haben sie vier bis fünf Wochen bereits in Arbeit gestanden und sollen dann die Beiträge nachzahlen, dann ist die erste Unstimmigkeit vorhanden. Die Vorgesetzten über zu geringe Unterstützung und alles andere mögliche beginnen dann. In den meisten Fällen glaubt man etwas Gesuchtes zu entdecken, womit die Gleichgültigkeit beschönigt und entschuldigt werden soll. An Versammlungen nehmen die Zurückgekehrten nur in wenigen Fällen teil, worüber die Vorstandsmitglieder allgemein klagen. Selbst frühere eifrige Vertrauensleute handeln so. Macht man ihnen Vorhaltungen, so bringen sie Gründe vor, die sie früher bei anderen gleichgültigen Kollegen nie gelten ließen. Es ist eben das Interesse für den Verband stark in den Hintergrund getreten. Es mag zutreffen, daß sie sich erst mal wieder in der Heimat zurechtfinden müssen, und daß alsdann nach und nach das Interesse für die wirtschaftliche Betätigung bzw. Interessenvertretung wieder wächst. War viele hat der rauhe Krieg auch sehr anspruchslos und genügsam gemacht, so daß man nicht selten hört: Es mag jetzt einmal gehen, wie es will; froh bin ich, daß ich wieder heraus bin. Es gibt auch manche, die perärgert sind über alles, und die ihrem Herzen fortwährend durch Schimpfen Luft machen. Auch das wird sich meines Erachtens wieder legen, sobald die Zeit kommt, wo man wieder ruhiger denkt und redet. Bei allem, was die Organisation während des Krieges geleistet hat, hätte man mehr Interesse erwarten und mindestens auf tüchtige Mitarbeit bei den schon jetzt entlassenen Kollegen rechnen dürfen. Wir dürfen wohl hoffen, daß das Interesse wiederkommt, sobald die Organisation ihre frühere volle Tätigkeit wieder aufnehmen kann. Jos. Preuß.

Bezirk Saarbrücken.

Von den im Bezirk Saarbrücken bisher vom Militär entlassenen oder für längere Zeit beurlaubten Kollegen ist zu konstatieren, daß ein Teil es nicht für notwendig hält, sich als Mitglied wieder anzumelden. Um die Verhältnisse richtig zu schildern, muß ich die bisher entlassenen und beurlaubten Mitglieder in drei Gruppen einteilen. Zu der ersten Gruppe rechnen diejenigen, die sich nach ihrer Entlassung oder Beurlaubung ohne Aufforderung wieder anmelden. Es sind dies größtenteils solche Kollegen, die in Friedenszeiten jahrelang treu und gewissenhaft ihre Verbandspflichten erfüllt haben. Sie haben auch im Felde die Organisation nicht vergessen, sondern sind mit uns in Verbindung geblieben und haben das Verbandsorgan zugesichert erhalten. Diese Kollegen sind ohne weiteres bereit, wieder als Vertrauensmann tätig zu sein. Auch in agitatorischer Hinsicht sind sie die alten geblieben. Sie sind von der Notwendigkeit einer starken wirtschaftlichen Organisation ebenso überzeugt wie vor ihrer Einziehung zum Kriegsdienst.

Zu der zweiten Gruppe zählen diejenigen Mitglieder, die keineswegs die Absicht haben, dem Verbandsverbande untreu zu werden, es aber unterlassen, sich nach ihrem Abgang vom Heer oder Beurlaubung sofort wieder anzumelden. Den Vertrauensmännern gegenüber führen sie allerhand Gründe an, mit denen sie ihr vorläufiges Fernbleiben entschuldigen. Ein Teil dieser Gründe ist, von ihrem Standpunkt betrachtet, nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. So wird vielfach von ihnen angeführt: Gewiß will ich Mitglied im Verband bleiben, aber laßt mich doch erst einmal zu Atem kommen. Ich muß doch in erster Linie für meine Familie sorgen und sehen, daß

meine Frau wieder ein paar Mark Geld in die Finger bekommt, um in der Lage zu sein, das Allernotwendigste für den Haushalt beschaffen zu können. Kleidung und Schuhe sind zerissen, und muß Ersatz dafür geschaffen werden. Bei Kollegen, die in Orten wohnen, in denen es mit der kommunalen Unterstützung haperte (und solche Orte gibt es leider nur allzu viele), in denen den Kriegsfamilien eine Mietunterstützung nicht gewährt wurde, da ist auch noch ein Teil der rückständigen Hausmiete zu begleichen. Kurz und gut, diese Gründe werden ins Feld geführt. Kommen nun solche Mitglieder auf eine Baustelle, wo die Organisation stark vertreten ist, sehen sie recht bald ein, daß es nicht geht, ohne Verbandsbuch durchzukommen. Dazu noch einige Aufklärungen über die Tätigkeit des Verbandes während der Kriegszeit, über Unterstützungs- und Tariffragen, und halb beschämt verlangen nun auch diese Kollegen ihre Verbandsbücher zurück und zahlen ihre Beiträge. Arbeiten sie dagegen auf einer Baustelle, wo die übrigen Mitarbeiter selbst nicht dem Verbandsverbande angehören, sind sie ohne weiteres verloren, wenn nicht im Wohnorte selbst der Baustellenvorstand oder Vertrauensmann energisch vorgeht. Leider gibt es hier in „Sarabien“ eine ganze Anzahl Orte, in denen es in Friedenszeiten nicht möglich war, die Organisation einzuführen. Wo Ansätze bestanden, sind sie durch den Krieg hinweggefegt. Kurz zusammengefaßt, dieser zweite Teil geht dem Verbandsverbande nicht verloren, wenn er rechtzeitig aufgesucht und zum Beitragszahlen aufgefordert wird, da bei ihm ja nicht die direkte Absicht vorliegt, dem Verbandsverbande untreu zu werden.

Anderes liegt es bei der letzten Gruppe. Bei dieser handelt es sich um jene, die sich wirklich mit der Absicht tragen, dem Verbandsverbande den Rücken zu kehren. Wir finden hier überwiegend jene, die schon vor der Einziehung zum Kriegsdienst mehr oder weniger Zwangsmitglieder waren. Sie haben ja schon in Friedenszeiten mit Argusaugen nach Gelegenheiten gesehen, um sich von den Beiträgen brücken zu können. Sie glauben nunmehr die Gelegenheit zu haben, ihre Absicht wahrzumachen. Alle möglichen Gründe führen sie für ihr Verhalten an. Sie erheben gegen den Verband den Vorwurf, ihre Familien seien während der Militärzeit nicht genügend unterstützt worden. Sagt man ihnen, daß der Verband nahezu eine halbe Million für seine eingezogenen Mitglieder bzw. deren Familienangehörige ausgezahlt habe, so sagen sie: Ja, wozu zahlen wir denn unsere Beiträge? Zu diesen gehören auch jene, die bei ihrer Einziehung noch kein Jahr Mitglied waren, infolgedessen bei der Unterstützung leer ausgingen. Sie tun jetzt am allerverärgertesten und versuchen auch andere Kollegen vom Verbandsverbande damit abzuhalten. Selbstverständlich haben sie damit wenig Erfolg. Kommen solche Mitglieder auf eine Baustelle, wo streng auf Ordnung gesehen und die Verbandsbücher kontrolliert werden, werden sie ja wieder mitgerissen. Man macht jedoch die Erfahrung, daß sie mit Vorliebe jene Orte und Arbeitsstellen aufsuchen, von denen sie von früher her wissen, daß dort eine Organisation nicht besteht.

Dies in kurzem unsere bisher gemachten Erfahrungen. Sie zeigen, wo der Hebel angefaßt werden muß, um keine größere Schädigung für den Verband eintreten zu lassen. Insbesondere gilt es, den letzten Teil im Auge zu behalten. Sind Vorstände und Vertrauensmänner am Posten, ist auf jeder Baustelle ein Vertrauensmann vorhanden, wird es möglich sein, auch diese der Organisation wieder zuzuführen. Fr. Weßel.

Tagung der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln a. Rh.

Der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigten-Fürsorge veranstaltete in der Zeit vom 23. bis 25. August in Köln eine Tagung, die sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte und das Interesse für die Kriegsbeschädigten-Fürsorge stark gefördert hat.

Anlässlich dieser Tagung traten Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der christlichen Gewerkschaften, der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, der polnischen Berufsverbände und einer Reihe Angestellten-Vereinigungen am 23. August zu einer Sonderberatung zusammen, um einheitliche Richtlinien für die Betätigung dieser Verbände in der Kriegsbeschädigten-Fürsorge festzulegen. Den Bericht über diese Sondertagung lassen wir hier folgen; auf die Tagung des Reichsausschusses kommen wir in der nächsten Nummer zurück.

Herr Begien eröffnet die Versammlung um 5 Uhr und begrüßt die anwesenden Gäste, insbesondere den Herrn Oberbürgermeister Geib als Vertreter des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten-Fürsorge, den Herrn Geheimrat Dr. Pannwitz als Leiter der Zentrale für soziale Fürsorge beim Ge-

neral-Gouvernement in Belgien und Herrn Dr. B. Hirschfeld-Berlin. Das Bureau der Konferenz wird gebildet von den Herren Begien (Generalkommission der Gewerkschaften), Giesberts (Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften), Hartmann (Verband der Deutschen Gewerkschaften) und Gwizdek (Polnische Berufsvereinigung). Das einleitende Referat über die Organisation der Kriegsbeschädigten-Fürsorge erstattet Herr Weßel-Berlin. Er weist darauf hin, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge auf freier Organisation, unter Zusammenfassung der verschiedensten, auf diesem Gebiete tätigen gemeinnützigen Organisationen, aufgebaut sei. Eine Zentralisation dieser Bestrebungen, die auch der Reichstag forderte, wurde durch die Einsetzung eines Reichsausschusses geschaffen und die Organisation der Provinz Brandenburg den übrigen Reichsteilen als Muster empfohlen. Dabei wurde den Provinzial-, Kreis- und Ortsausschüssen nahegelegt, auch Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter paritätisch an der Fürsorgetätigkeit zu beteiligen. Aber dieser gute Rat wurde schon in der Provinz Brandenburg nur sehr unvollkommen befolgt und ebenso zeigte sich anderwärts eine Abneigung gegen die Schaffung paritätischer Organisationen, wie eine Erhebung der Generalkommission bei den ihr angehörigen Gewerkschaftskartellen bestätigte. Wo aber Arbeitervertreter hinzugezogen wurden, werden sie häufig nicht an den Arbeiten beteiligt, so daß diese Zuziehung bloß eine Detonation geblieben ist. Die Abneigung gegen die Gewerkschaften, die vor dem Kriege bestand, herrscht auch heute noch in weiten Kreisen. Die Reichsbehörden erkennen die Gewerkschaften an, aber sie haben keinen Einfluß auf die unteren Organe; es fehlt ihnen die anordnende Gewalt; sie können nur Ratsschlüsse erteilen, die besonders beim alten preussischen Landrat auf taube Ohren stoßen. Der Vorsitzende des Reichsausschusses kennt die Schwierigkeiten, die der paritätischen Organisation in den preussischen Kreisen gemacht werden, wie aus einem verlesenen Rundschreiben ersichtlich ist, in dem die Zuziehung von Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber zwar empfohlen, aber von der Art des Aufbaues der Organisation abhängig gemacht wird. Wie manche Provinzialbehörden die Gewerkschaftsgruppen behandeln, beweist ein Ersuchen der Zentralvertretungen derselben an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, am 27. Oktober 1915, um eine Rücksprache in Sachen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, auf welche dieselben monatelang keine Antwort erhielten, dann um Ausschub ersucht wurden und bis heute noch keine Erledigung des Gesuchs erreichen konnten. (Lebhaftes Gört, hört!) Angesichts solcher Vorgänge sei es mit der Geduld der Arbeiterorganisationen und den Erwartungen auf die freie Organisation zu Ende und eine reichsgesetzliche Regelung der Organisation nicht länger aufzuschieben. Die Organisation müsse lückenlos durch das ganze Reich durchgebaut sein schon während des Krieges, weil sie nach dessen Abschluß ihre härteste Probe zu bestehen habe. Eine Umfrage der Generalkommission in 236 Orten ergab, daß in 147 Orten Fürsorgeausschüsse bestehen. Am besten sei die Organisation in Sachsen (Heimatkant). Als Berufsberater seien 931 Vertreter, als Beisitzer 445 Vertreter der Gewerkschaften tätig. Bedenkt man, daß allein 200 Berufsberater auf Berlin entfallen und zieht man die Zahlen einiger Großstädte ab, dann bleibt für das übrige Reich wenig übrig. In Krefeld habe man die Zuziehung von Gewerkschaftsvertretern abgelehnt mit der Begründung, daß politische und konfessionelle Gesichtspunkte nicht in Betracht kommen dürften. Auf weitere Vorstellungen wurde erwidert, daß man den Kreis der Mitwirkenden nicht unnötig vergrößern wolle. Die Hauptsache sei, daß den Kriegsbeschädigten rasch geholfen werde. Es handelt sich aber um eine dauernde Aufgabe, für die eine dauernde Organisation geschaffen werden müsse. Schließlich erklärte man, daß man auf das Ersuchen vielleicht einmal zurückkommen werde, wenn sich eine Notwendigkeit dafür ergebe. Die Arbeitszuweisung sei in manchen Orten höchst primitiv, ohne Rücksicht auf den Zustand der Kriegsbeschädigten, so daß sie deren Vertrauen nicht erwerben könne. Bei der jetzt erfreulich fortschreitenden Zentralisation der Arbeitsnachweise sei darauf zu achten, daß nicht besondere Kriegsbeschädigten-Arbeitsnachweise geschaffen oder Vakanzlisten nach Art der vom Verband der märkischen Arbeitsnachweise herausgegebenen verbreitet werden, in denen Stellen zu niedrigen Löhnen ausgedöten werden.

Die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge sei reichsgesetzlich zu regeln, weil die ministeriellen Anweisungen nicht ausreichen, eine befriedigende Organisation zu schaffen. Das Reich hat die Pflicht, die notwendigen Garantien und Mittel für die Opfer des Krieges zur Verfügung zu stellen.

Als zweites Referat erörtert Herr Streiter-Berlin einige Spezialfragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Das Mannschafsbeförderungsgesetz enthalte bedeutliche Mängel, auf die bereits der Sonderausschuß des Reichsausschusses hingewiesen habe. Die Militärrente für einen völlig erwerbsunfähigen Mann betrage nur 720 M pro Jahr, ein Betrag, mit dem

besonders in einer größeren Stadt nicht auszukommen sei. Hier müsse eine Reform nach sozialen Gesichtspunkten eintreten. Vor der Armenpflege müßten die Kriegsbeschädigten unter allen Umständen bewahrt werden. Den Gemeinden könne man auch nicht dauernd größere Opfer auferlegen. Hier müsse das Reich ausreichende Fonds zur Verfügung stellen. Auch für die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und Kriegskranken müsse etwas geschehen, da man sie nicht der Armenpflege überlassen dürfe. Die Arbeitsbeschaffung müsse in enger Verbindung mit den Arbeitsnachweisen stehen und da, wo Arbeitsgemeinschaften bestehen, möglichst diesen übertragen werden. Den privaten Wohlfahrtsvereinen, die, oft von zweifelhaften Elementen geleitet, sich mit Arbeitsvermittlung befassen, müsse man energisch auf den Leib rücken. Man möge sich an die zuständigen Gewerkschaften wenden, wo paritätische Einrichtungen nicht bestehen.

Der Vorsitzende unterbreitet der Versammlung folgende Entschließung der Zentralen sämtlicher Gewerkschaftsgruppen, die der morgigen Kongreßtagung vorgelegt werden soll.

**Die Entschließung lautet:**

„Die Arbeiter und Angestellten Deutschlands sind an der Fürsorge für die Kriegsverletzten und kriegs-erkrankten Kriegsteilnehmer aufs lebhafteste interessiert und haben sich seither an den Einrichtungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, vor allem an den Arbeiten des Reichsausschusses intensiv beteiligt. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die besonders nach Schluß des Krieges von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung sein wird, bedarf zur erfolgreichen Wirksamkeit in allererster Linie des Vertrauens der von der Fürsorge selbst betroffenen Personen. Dieses Vertrauen kann nur erworben werden, wenn ihnen die Leistungen der Fürsorge durch eine reichs-gesetzlich geregelte Organisation gewährleistet werden. Da die Kriegsbeschädigtenfürsorge dieser Grundlage bisher entbehrt, fordern die in Köln anläßlich der Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge (23. bis 25. August 1916) versammelten Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands deren reichs-gesetzliche Regelung.“

Die Voraussetzung einer solchen wirksamen Organisation ist, daß neben den Vertretern anderer Berufsstände auch die Vertreter der Arbeiter- und Angestellten-Organisationen überall als vollberechtigt hinzuzuziehen sind zur Mitwirkung nicht nur bei allgemeinen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge, sondern vor allem in den wichtigen Sondergebieten der Berufsberatung und Arbeitsbeschaffung in den Bezirks- und örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorgeorganisationen.

Von ihren im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge mitarbeitenden Vertretern erwarten die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß sie auch weiterhin unablässig bemüht sind, eine gesetzliche Neuregelung der Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten und der Versorgung der Hinterbliebenen nach sozialen Gesichtspunkten herbeizuführen.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestellten-Organisationen Deutschlands erachten es ferner als dringend notwendig, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge ihre Tätigkeit auch auf die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und im Kriege Erkrankten ausdehnt.

Bezüglich der Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten fordern die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß die örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge in enger Verbindung mit den nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweisen stehen, die die Unterbringung von Kriegsbeschädigten mit als ihre Aufgabe übernommen haben. In den Orten, in denen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten besonders gebildete paritätische Arbeitsgemeinschaften oder Tarifinstanzen (Schlichtungskommissionen) bestehen, die vornehmlich in der Arbeitsvermittlung und Lohnfestsetzung mitwirken, aber auch dann eingreifen, wenn Arbeitgeber bestimmte, den Kriegsbeschädigten gegebene Besprechungen nicht halten, ist die Arbeitsbeschaffung zunächst diesen Einrichtungen zu übertragen.

Die weitere Schaffung von Arbeitsgemeinschaften als wirksame Unterstützung der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist überall und für alle Berufe zu erheben.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestellten-Organisationen Deutschlands betonen es als eine selbstverständliche Pflicht der Staatlichkeit, daß alle organisierten Arbeiter und Angestellten der Kriegsbeschädigten in der Arbeitsbeschaffung die wirksamste Unterstützung gewähren und ihren in ihrer Verantwortung liegenden Teil zu leisten.

Herr Oberbürgermeister Seiffert dankt der Versammlung für ihre Teilnahme an der Kriegsbeschädigtenfürsorge und wünscht für den von ihm vertretenen


Reichsausschuß in Anspruch, daß er bereitwillig mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zusammengearbeitet habe. Ihre Beiträge seien im Einvernehmen mit den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter gefaßt. In der Praxis sei es leider noch anders, weil der Reichsausschuß nur eine beratende und begutachtende Stelle sei und keine Direktiven geben könne. Redner verteidigt den Vorsitzenden des Reichsausschusses gegen den Vorwurf des Herrn Wels, als ob er nur ein Scheingesecht für die paritätische Vertretung führe, und gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Reichsausschuß stets Hand in Hand mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter wirken werde.

An der Debatte beteiligen sich die Herren Brückner-Berlin, Biegler-Siegen, Dieckm.-Glabbach, Sauer-Marktsruhe und Siebel-Berlin, die im Sinne der vorgelegten Entschließung sprechen.

Die Entschließung wird von der Konferenz einstimmig angenommen und Herr Giesberts beauftragt, dieselbe der morgigen Tagung des Kongresses zur Verlesung zu bringen. Ferner wird beschlossen:

„Die Konferenz beauftragt die Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen, gemeinsam die weiteren, den Interessen der Kriegsbeschädigten dienenden Maßnahmen zu treffen, und zwar:

1. bei dem Herrn Reichskanzler dahin vorstellig zu werden, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge bessere organisatorische Grundlagen erhält;
2. an den Reichstag und Bundesrat eine in gleichem Sinne gehaltene Eingabe zu richten;
3. eine Zusammenstellung der Orte bzw. Kreise zu machen, an denen eine Fürsorgeorganisation vorhanden ist;



**Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:**

**Hermann Hillemeter** aus Eifen,  
**Ronrad Pahlmeier**,  
Verwaltungsstelle Naderborn.

**Leonhard Ganten** aus Kölschelt,  
Verwaltungsstelle Aachen.

**Hermann Bickert** aus Maberzell,  
**Hermann Gahmann** aus Großenlüder,  
Verwaltungsstelle Fulda.

**Alois Knühl**,  
Zahlstelle Hettlingen.

**Unteroffizier Joh. Weiser**, Inhaber des Eisernen Kreuzes,  
Zahlstelle Homburg-Neuborf i. T.

**Ferdinand Schmidt**,  
Zahlstelle Frankfurt a. M.

**Wilhelm Wädrich**,  
Zahlstelle Mbs.

**Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.**

4. Vereinbarungen über die Vertretung der Gewerkschaften und Angestelltenvereinigungen in diesen Organisationen zu treffen.“

Nach dieser Erledigung der Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge beschließt die Konferenz einstimmig folgende gemeinsame Erklärung der vertretenen Gewerkschaften und Angestelltenverbände gegenüber den gelben Organisationen:

„Angeichts der stets erneuten Bestrebungen, die sogenannten gelben Organisationen (Werktvereine, Betriebsvereine, vaterländische Arbeitervereine usw.), die von seiten der Unternehmer gegründet, unterhalten oder unterstützt werden, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in der Vertretung von Arbeiterinteressen während des Krieges gleichzustellen und zur Geltung zu bringen, erklärt die am 23. August in Köln gemeinsam tagende Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der Generalkommission der Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.) und der Polnischen Berufsvereinigung sowie des Deutschen Werkmeisterverbandes, daß sie die gelben Organisationen als unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkennen und das Zusammenwirken mit ihnen bei gemeinsamen Kundgebungen von Arbeiterorganisationen ablehnen.“

Mit dem Wunsche, daß die hier geschaffene Arbeitsgemeinschaft die Unterstützung in allen Kreisen der vertretenen Organisationen finden möge, schließt der Vorsitzende die Konferenz.

**Der Arbeitsmarkt im Juli 1916**

Im 24. Kriegsmonat zeigt die Wirtschaftslage im Deutschen Reich im ganzen daselbe Gepräge wie in den vorhergehenden Monaten. Die lebhafteste Beschäftigung; die insbesondere die für die Kriegswirtschaft arbeitenden Gewerbe aufweisen, hat dem Vormonat gegenüber in einzelnen Gewerbebezügen noch eine Steigerung erfahren. Auch im Vergleich zum Juli des Vorjahres ist verschiedentlich eine Verbesserung festzustellen.

Für den Bergbau wie für die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie wird über ebenso angespannte Tätigkeit wie in den Vormonaten berichtet. Teilweise ist dem Vorjahr gegenüber noch eine Steigerung zu verzeichnen. Eine Verbesserung auch dem Vormonat gegenüber machte sich verschiedentlich in der elektrischen Industrie und ebenso in der chemischen Industrie geltend. Nennenswert ist auch die Gestaltung in der Holzindustrie und insbesondere im Bekleidungs-gewerbe eine teilweise bessere als im Juni. Bei der Nahrungs- und Genussmittelindustrie stehen Abschwächungen in einzelnen Zweigen der Beschäftigung des Geschäftsganges in einigen anderen Geschäftszweigen gegenüber. Im Baugewerbe ist zwar kein allgemeiner erheblicher Fortschritt hervorgetreten, doch macht sich in einzelnen Gebieten wiederum eine Verbesserung geltend.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. August beschäftigten Mitglieder dem Anfang Juli gegenüber eine geringfügige Abnahme der Beschäftigten. Es ist eine Verringerung um 6382 oder 0,08 v. H. eingetreten. Die Verringerung beruht auf einem Rückgang der männlichen Beschäftigten um 21571 oder 0,48 v. H. — im Vergleich zu einer Verminderung der männlichen Beschäftigten im Vormonat um 0,11 v. H. Ist gegenüber dem vorhergehenden Monatsmonat ein etwas stärkerer Rückgang der männlichen Beschäftigten eingetreten, so steht dieser Entwicklung andererseits eine günstigere Gestaltung auf dem weiblichen Arbeitsmarkt gegenüber. Im Monatsmonat ist die Zahl der weiblichen Beschäftigten um 15180 oder um 0,30 v. H. gestiegen, während im Monat zuvor die weibliche Beschäftigtenzahl eine Abnahme um 14436 oder 0,31 v. H. erfahren hatte. Bei der Beurteilung der Bewegung der männlichen Beschäftigtenzahl ist zu berücksichtigen, daß die Kriegsgefangenearbeit in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik nicht einbegriffen ist.

Nach den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in 36 Fachverbänden, die für 822 053 Mitglieder berichteten, wurden zu Ende Juli 20 090 oder 2,4 v. H. Arbeitslose ermittelt. Die Arbeitslosenziffer ist dem Vormonat gegenüber (2,5 v. H.) etwas gesunken. Auch im Vergleich zum Juli der beiden vorhergehenden Jahre ist die Arbeitslosenziffer geringer. Sie betrug nämlich Ende Juni 1915 2,7 und 1914 2,9 v. H.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt eine günstigere Gestaltung des Arbeitsmarktes sowohl dem Vormonat wie dem gleichen Monat des Vorjahres gegenüber erkennen. Es hat sowohl eine Abnahme des Andranges der männlichen wie der weiblichen Arbeitsuchenden stattgefunden. Im Juli kommen bei den Männern 77 Arbeitsuchende (gegen 80 im Vormonat), beim weiblichen Geschlecht 134 Arbeitsuchende (gegen 168 im Juni) auf je 100 offene Stellen.

Die bis Mitte August reichende Statistik auf Grund des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ zeigt eine zunehmende Gunst des Arbeitsmarktes besonders auch dem Vorjahre gegenüber.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände zeigen für Schlesien wie für Berlin-Brandenburg eine Besserung des Arbeitsmarktes. Im Königreich Sachsen ist eine teilweise Entlastung von Arbeitslosen eingetreten. Die Tätigkeit der Arbeitsnachweise in der Provinz Schleswig-Holstein wie in Hessen und Hessen-Nassau war lebhafter als im vorhergehenden Monat. Eine Besserung tritt auch im Rheinland hervor. In Württemberg hat sich die Arbeitsmarktlage teilweise günstiger als im Juni gestaltet. Auch in Baden machte sich wieder eine gewisse Besserung bemerkbar. In Hamburg, in den Thüringischen Staaten wie in Weiskalen und in Bayern stand einer im großen und ganzen unveränderten Lage des Arbeitsmarktes für männliche Personen eine Besserung der Beschäftigung auf dem weiblichen Arbeitsmarkt gegenüber. Nur wenig geändert haben sich die Beschäftigungsverhältnisse in Mecklenburg-Schwerin und in Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen. „Reichsarbeitsblatt.“

**Bekanntmachung**

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes**

Zimmer wieder wird darüber Klage geführt, daß vom Militär zurückgekehrte oder infolge Reklamation für eine bestimmte Zeit entlassene Mitglieder der Meinung sind, sie brauchen sich weder anzumelden bei ihrer zuständigen Zahlstelle, noch Beiträge zu entrichten. Diese Meinung ist eine durchaus irrige. Jedes vom Militär entlassene Mitglied, mag die Entlassung dauernd oder auch nur für eine bestimmte Zeit sein, ferner jedes zur Arbeitsleistung reklamierte Mitglied hat sich sofort wieder anzumelden und die statutarischen Beiträge zu leisten, da sonst der Verlust der bisher erworbenen Rechte droht. Wir ersuchen hierdurch Kenntnis zu nehmen und entsprechend zu handeln, damit unnötige Erschwerung der Verbandstätigkeit vermieden wird.

**Der Zentralvorstand.**  
**J. A.: Joh. Biedberg.**